

Inhalt der Sitzung vom 15.12.2014

TOP Ö1

Ehrung zur 25-jährigen Ratszugehörigkeit von Gemeinderat Ulf-Udo Hohl

Aufgrund seiner nun 25 Jahre währenden Gemeinderatszugehörigkeit erhält Gemeinderat Hohl die Ehrennadel des Gemeindetages in Silber.

Bürgermeister Schmitt stellte den kommunalpolitischen Werdegang des Jubilars im Ratsgremium dar. Er erkannte die von Hohl geleistete, ehrenamtliche Arbeit an und sagte, wenngleich Hohl sicher keine einfache Persönlichkeit ist, er doch immer das aus seinem Standpunkt heraus das Beste für Plankstadt erreichen wollte. Schmitt bedankte sich im Namen der Gemeinde Plankstadt und überreichte die Ehrennadel des Gemeindetags BW für 25-jährige Ratszugehörigkeit.

GR Jutta Schuster (CDU) gratulierte Hohl im Namen der CDU. Er sei oft ein eher unbequemer Gemeinderat, aber immer geradlinig und klar einzuschätzen. Immer präsent bei Veranstaltungen in der Gemeinde scheue Hohl keine Konflikte und sei ein großer Kämpfer für seine Meinung.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) gratulierte im Namen der SPD. Hohl habe sich verdient gemacht um die Gemeinde. Er habe mit ihm häufig die Klängen gekreuzt, dabei aber immer die Tatsache geschätzt, dass Hohl stets gut vorbereitet war. Hohl habe es den anderen und sich selbst auch nie leicht gemacht. Mende wünschte Hohl alles Gute und sagte, dass etwas mehr Konzilianz in der Form gut getan hätte.

GR Gerhard Waldecker (PL) gratulierte Hohl im Namen der PL. Er sagte, dass von den Vorrednern alle Attribute des Jubilars bereits genannt wurden und lobte, dass er stets akkurat vorbereitet gewesen sei.

GR Sigrid Schüller (GLP) gratulierte Hohl im Namen der GLP. Sie lobte sein besonderes Engagement für Erhalt und Sanierung des Plankstadter Wasserturms. Sie überreichte dem Jubilar ein Exemplar des neuen Buches mit den gesammelten Geschichten der Plankstadter Kinder.

GR Hohl (ALP) sagte, dass die Ehrenurkunde vom Gemeindetag komme und der Bürgermeister diese nur übergebe. Er dankte für die Glückwünsche. Es werde aber alles gehübscht, weil viele im Gremium auch wollten, dass er nicht mehr gewählt werde. In 25 Jahren habe sich einiges geändert. Die Arbeit im Rat war befreiend, auch wenn sie für andere war. Er freue sich einen Rathausschlüssel zu haben als Insignie eines Plankstadter Ratsherrn.

TOP Ö3

Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen nach § 78 Abs. 4 GemO

Die Gemeinde Plankstadt erhielt eine Spende von 2.500,00 Euro von der Weldebräu GmbH & Co.KG, Plankstadt für die Notgemeinschaft. Weiterhin ist über die jährlich vorzulegende „Kleinbetragsliste bis 100,00 Euro im Einzelfall“ über insgesamt 405,53 Euro zu entscheiden.

GR Dr. Arno Neidig (CDU) bedankte sich im Namen der CDU und gab die Zustimmung.

GR Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler (PL) bedankte sich im Namen der PL und gab die Zustimmung.

GR Christine Grimm (SPD) bedankte sich im Namen der SPD. Man habe sich an dem Wort „Kleinbetragsliste“ gestört, weil es sich für Privatpersonen auch um erhebliche Beiträge handle. Sie fragte, welcher Betrag aktuell in der Notgemeinschaft zur Verfügung stehe. BGM Schmitt sagte, dass man dies auflegen werde.

GR Sigrid Schüller (GLP) bedankte sich im Namen der GLP und gab die Zustimmung.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) sagte, dass die Spende der Welde bereits Tradition sei und die wirtschaftliche Situation der Brauerei widerspiegele. Er gab die Zustimmung der ALP.

Einstimmig angenommen.

TOP Ö4

Kindertagesstätte Pestalozziweg

- Vergabe der Landschaftsbauarbeiten zur Herstellung der Außenanlage

Nach Abstimmung der Planung mit der Verwaltung, dem Architekturbüro und dem künftigen Betreiber Postillion wurde die Herstellung der Außenanlagen bei der Kindertagesstätte Pestalozziweg öffentlich ausgeschrieben.

Das Leistungsverzeichnis wurde von 6 Firmen angefordert. Zum Submissionstermin am 28. November lagen drei Angebote vor. Nach Prüfung und Wertung der Angebote durch das Ing.-Büro Stadt und Natur ist Fa. Wissmann aus Ludwigshafen mit einer Angebotssumme in Höhe von 138.319,19 € der Bieter mit dem wirtschaftlichsten Angebot. Fa. Wissmann ist dem Planungsbüro Stadt und Natur aus verschiedenen anderen Projekten als leistungsfähig und zuverlässig bekannt. In der Kostenberechnung des Architekturbüros Roth-Fischer wurden für die Außenanlagen insgesamt 150.000 € veranschlagt. Zur Herstellung des Parkplatzes und des Zugangs wurde bereits der Auftrag in Höhe von ca. 21.000 € erteilt.

Schlussgerechnet wurden bisher die Rohbauarbeiten und die Dachdeckerarbeiten, die gegenüber der Kostenberechnung zu Einsparungen in Höhe von insgesamt ca. 130.000 € geführt haben. Im Hinblick auf diese Einsparungen schlägt die Verwaltung eine Vergabe der Landschaftsbauarbeiten ohne Reduzierung des Leistungsumfangs vor.

GR Andreas Berger (CDU) fragte, wer die Unterhaltungskosten für die Außenanlage und für den Hausmeister übernehme? BAL Boxheimer sagte, dass dies durch Postillion erfolge. Berger lobte die Arbeit vom Architekturbüro Roth und sagte, dass der Plan vielversprechend aussehe. Er gab die Zustimmung der CDU.

GR Gerhard Waldecker (PL) fragte, ob die 21T€ für die Herstellung der Parkplätze zu den 138T€ noch hinzukämen? BGM Schmitt bejahte dies. Waldecker sprach von einem positiven Bild, man werde termingerecht fertig. Man müsse aber auch bedenken, dass das Freigelände der Humboldtschule um die Hälfte geschrumpft sei. Man brauche hier auch adäquate Spielgeräte. Er gab die Zustimmung der PL.

GR Prof. DR. Dr. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass man die KiTa und den KiGa sehr positiv sehe. Allerdings sei der Plan mit der Legende schwer lesbar und es seien wenige einheimische Pflanzen vorhanden. Er fragte auch, wie es mit den Weiden aussehe und sagte, dass der Pflanzenbestand nochmals durchmustert werden sollte. Weiter fragte er, wie man auf die Zaunhöhe komme und sagte, dass eine größere Höhe besser gewesen wäre. Man könne so nicht zustimmen. Frau Berger sagte, dass der Zaun schon vorhanden sei und einfach ergänzt werde. Bei den Weiden handle es sich um Bestandsbäume. In diesem Zusammenhang wies sie auf den ebenfalls schon vorhandenen Zuckerahorn hin, der auch ständig kontrolliert werden müsse. Sie führte weiter aus, dass die Nutzbepflanzung mit dem Betreiber Postillion abgesprochen wurde. Es mussten Pflanzen gefunden werden, die auch unter dem bereits vorhandenen Baubestand wachsen können.

GR Sigrid Schüller (GLP) erkundigte sich nach der Anzahl der Fahrradabstellplätze. BAL Boxheimer sagte, dass 6 Stück vorgesehen seien. Schüller sagte, dass dies wohl nicht ausreichend sei. Schüller fragte weiter nach der Zaunhöhe zur Schule und erhielt von BGM Schmitt die Antwort, dass diese so wie jetzt bleibe. Schüller fragte ob die von der GLP gespendete Rotbuche erhalten bleibe, was von BGM Schmitt bejaht wurde. Mit einem Hinweis auf den im „krassen Gegenteil“ stehenden Schulhof beantragte sie Einzelabstimmung.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) hielt fest, dass es eine feste Zusage sei, dass die Rotbuche erhalten bleibe. Der Platz an der Humboldtschule sei weiter eingeschmolzen. Er erkundigte sich, ob hier noch ein weiterer Bau entstehen werde. BGM Schmitt sagte, dass dies nicht möglich sei. Sollten weitere Betreuungsräumlichkeiten benötigt werden, gebe es dafür bereits andere Überlegungen.

GR Thomas Burger (GLP) sagte, dass er der SPD im Bereich der Pflanzen zustimmen möchte; er wolle die Kinder unterstützen und auch die Humboldtschule aufwerten.

Mehrheitlich angenommen mit 14 Ja-Stimmen von CDU, PL, ALP, GR Burger und BGM, bei 4 Gegenstimmen der SPD und GR Schüller, sowie einer Enthaltung von GR Dr. Geissler.

TOP Ö5

Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015 sowie des Wirtschaftsplans des Eigenbetriebs Gemeindewasserversorgung für das Wirtschaftsjahr 2015; Beratung und Beschlussfassung über Haushaltsanträge für das Jahr 2015

Beratung und Beschlussfassung über Haushaltsanträge für das Jahr 2015:

Der Haushaltsanträge wurden in der Sitzung des Ausschusses für Verwaltung, Kultur, Sport und Soziales am 17.11.2014 erörtert.

Haushaltsanträge der Fraktion der Plankstadter Liste:

Antrag 1

Die Plankstadter Liste beantragt die Einrichtung einer Ortsbuslinie als Zubringer zur Linie 713.

Stellungnahme der Verwaltung:

Eine Begrenzung der Laufzeit auf 2 Jahre würde zu teuer kommen. Es müsste eine Laufzeit eher bis 2020 vorgesehen werden, da eigens für die Gemeinde ein Bus angeschafft werden müsste. Die tatsächlich an den VRN zu zahlenden Ausgaben würden sich auf ca. 180 T€ pro Jahr belaufen. Es ist von einer Bezuschussung durch den Kreis von 35 % auszugehen.

Aufgrund neuer Erkenntnisse, die der Bürgermeister in der Ausschusssitzung bekanntgab, hat sich dieser Antrag möglicherweise erledigt. Am 13.11.2014 wurde dem Bürgermeister mitgeteilt, dass der Bürgerbus jetzt umgesetzt werden soll mit einer Anbindung des Gewerbegebietes sowie einem ausgeweiteten Fahrplan, der die Morgen- und Abendstunden einschließt sowie von Montag bis Freitag gelten soll. Als Folge der Beratungen im Ausschuss wurden die Mittel (Einnahmen und Ausgaben) für die Stadtbuslinie komplett gestrichen. Für die „Anschubfinanzierung“ des Bürgerbusses wurden für 2015 20T€ (2016-2018: je 25 T€) eingestellt.

Antrag 2

Die Plankstadter Liste beantragt eine Sanierung und verbesserte Ausstattung der Spielplätze beim Tennisplatz sowie „Hinter den Dorfgärten“, da diese Plätze gegenüber den anderen Spielplätzen in der Gemeinde vernachlässigt erscheinen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Im eingebrachten Haushaltsplanentwurf der Verwaltung waren für die Unterhaltung der Grünanlagen 50.000 € und für die Unterhaltung von Spielplätzen 30.000 € eingestellt. Im Jahr 2013 wurden hierfür 57 T€ verausgabt; es standen noch weitere Mittel zur Verfügung. Die Kosten für einen zusätzlichen Bauhofmitarbeiter belaufen sich auf ca. 60 T€; die Aufwendungen für eine zusätzliche Kraft in der Hauptverwaltung belaufen sich auf ca. 70 T€. Aufgrund der Beratungen im Ausschuss wurden die Mittel für die Unterhaltung der Grünanlagen auf 60 T€ und die Mittel für die Unterhaltung der Spielplätze auf 50 T€ erhöht. Für den Bauhof sollen keine weiteren Einstellungen erfolgen. Hingegen sollen zusätzliche Pflegearbeiten an Dritte vergeben werden.

Antrag 3

Die Plankstadter Liste beantragt die Einstellung zusätzlicher Bauhofmitarbeiter im gärtnerischen Bereich sowie eine Aufstockung des Personals im Bereich der Hauptverwaltung.

Stellungnahme der Verwaltung:

Bzgl. der Einstellung von zusätzlichen Bauhofmitarbeitern wird auf die Stellungnahme zu Antrag 2 verwiesen. Für die Einstellung eines/einer weiteren Beschäftigten im gehobenen Dienst im Hauptamt war im Ausschuss eine Mehrheit zu erkennen, im Hinblick auf das Ausscheiden einer/s Mitarbeiters/in im Hauptamt im Jahr 2016. Damit wäre es möglich im Spätjahr eine/n qualifizierten Absolventen/in der FH Kehl oder Ludwigsburg einstellen und eine gute Einarbeitung vornehmen zu können.

Antrag 4

Die Plankstadter Liste beantragt die Bereitstellung eines Grundbetrags von 5.000 € für alle am Ferienprogramm teilnehmenden Vereine. Jeder teilnehmende Verein bekommt 150 € und für jedes teilnehmende Kind 2 €.

Haushaltsantrag der Fraktion der SPD:

Antrag

Der Gemeinderat möge beschließen, den Zuschuss der Gemeinde für die Krippenbetreuung (sowohl bei Postillion als auch bei den Kirchen) um 100 Euro pro Kind und Monat zu erhöhen. Die 100 Euro sollen auch für Geschwisterkinder im vollen Umfang gewährt werden – gleichzeitig sollen die aktuell gültigen Beitragsrabatte für diese Nutzergruppe erhalten bleiben. (lt. Antrag Mehrausgaben von 72.000 € pro Jahr)

Stellungnahme der Verwaltung:

Ab dem 1.1.2015 ist mit 70 statt 60 Kindern zu rechnen. Müsste das Provisorium noch beibehalten werden, dann würde diese Zahl auf 80 steigen; entsprechend würden sich die Kosten für die Gemeinde erhöhen. Ein Finanzierungsvorschlag, wie die Mehrkosten gedeckt werden sollen, wurde nicht unterbreitet. Jährlich müssten 96 T€ bis 168 T€ zusätzlich aufgewendet werden. Gemäß der in der November-Sitzung des Gemeinderats vorgelegten Bedarfsplanung ist davon auszugehen, dass evtl. bald weitere Plätze geschaffen werden müssen. Man sollte aus Sicht der Verwaltung einem weiteren Ausbau der Betreuungsplätze Vorrang vor einer zusätzlichen Bezuschussung einräumen; zumal einkommensschwache Familien eine Unterstützung beim Landratsamt des Rhein-Neckar-Kreises beantragen können. Seitens des Gremiums wurde der Ablehnung dieses Antrags in dieser Form und zum jetzigen Zeitpunkt nicht widersprochen. Es sollen hierfür keine Mittel bereitgestellt werden.

Im Ausschuss sollen jedoch nochmals das badische und württembergische Modell gegenübergestellt werden. Bereits im letzten Jahr wurde mit der Geschwisterkinderermäßigung eine soziale Komponente eingeführt. Weitere Ermäßigungen müssten gegenfinanziert werden. Würde man den Hebesatz der Grundsteuer B um 10 % erhöhen, erhielte man ca. 100 T€; um den Haushaltsantrag zu finanzieren, müsste man in ein den kommenden Jahren vorauss. den Hebesatz von 350 % auf 420 % [Anpassung um 20 %] erhöhen, um zusätzliche Einnahmen zur Finanzierung der Mehrausgaben von ca. 200 T€ zu erhalten.

Haushaltsanträge der Fraktion der GLP:

Antrag 1

Aufstellung eines Bauschuttcontainers zur Vermeidung von illegalen Ablagerungen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Für die Abfallentsorgung ist der Kreis und nicht die Gemeinde zuständig. Hierfür gibt es eigens spezialisierte Bauschuttdeponien. Wilder Müll wird auf Kosten des Kreises entsorgt. Die Gemeinde würde außerdem eine Genehmigung zur Abfallannahme auf dem Häckselplatz benötigen. Außerdem verfügt die Gemeinde nicht über ausreichende Gerätschaften und geschultes Personal, um die unterschiedlichen Grade von evtl. belasteten Materialien zu erkennen.

Antrag 2

Neue Web-Präsentation der Bibliothek.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Antrag wird von der Bücherei befürwortet. Für die Umsetzung wurden für die Installation des neuen Moduls einmalig 2.000 € und für die Schulung einmalig 500 € zusätzlich in den Haushalt 2015 eingestellt.

Antrag 3

Einstellung eines Mitarbeiters Bauhof/Gärtnertrupp.

Stellungnahme der Verwaltung:

vgl. Antrag 2 und 3 der Plankstadter Liste.

Antrag 4

Aufstellen von Hinweisschildern zur Schulwegsicherung.

Stellungnahme der Verwaltung:

Sollten neue Schilder angebracht werden, müssten ggf. die bestehenden Hinweisschilder entfernt werden, da man ansonsten einen „Schilderwald“ erzeugen würde. Bei der entsprechenden Fipo sind ausreichend Mittel vorhanden.

Antrag 5

- a) Neue Buswartehäuschen und Pflege der Bestehenden
- b) Haltestelle „Altenheim“ durch neue (gläserne) Wartehäuschen ersetzen

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Bauamt wird die Anregungen prüfen und evtl. Anlagen streichen, Sitzbänke austauschen, etc. Beim CAZ soll erst nach der Errichtung der vorgesehenen Bebauung ein neues Wartehäuschen errichtet werden.

Antrag 6

- a) Zum Bau einer Kletteranlage auf dem bestehenden Boulefeld (Bruchhäuser Weg Ost – Kreisel nach Eppelheim – vgl. Anlage) incl. Kleiner Hütte mit Slopline werden die Investitionsmittel um 33 T€ erhöht.
- b) Das bestehende Basketballfeld wird mit gelenkschonendem Boden versehen (zwischen Gäseläcker und Bruchhäuser Weg Ost – Kreisel nach Eppelheim). Erhöhung Investitionsmittel: 4 T€
- c) Zur Instandhaltung, Überwachung und Pflege aller Plankstadter Spielplätze und Freizeitanlagen inkl. Grünfläche sind in den Folgejahren jährlich keine weiteren Mittel einzuplanen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Laut den Beratungen im Ausschuss sollen für die erstmalig Anschaffung bzw. die Erweiterung von Spielgeräten keine zusätzlichen Mittel eingestellt werden. Im Gebiet Bruchhäuser Weg sind sehr schöne und attraktive Spielplätze angelegt. Zusätzliche Maßnahmen sollten hier zurückgestellt werden, bis andere Spielplätze im Ort ebenfalls auf einem vergleichbaren Niveau sind.

Haushaltsanträge der Alternative Liste Plankstadt:

Antrag 1

Die Bausubstanz im Ortsinnern soll durch finanzielle Bezuschussung aufgewertet werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Ein Finanzierungsvorschlag wurde nicht unterbreitet. Die vom Gemeinderat einstimmig beschlossenen Richtlinien sehen grundsätzlich keine finanzielle Bezuschussung von Privatmaßnahmen vor. Für gemeindeeigene Maßnahmen sind 500 T€ eingestellt. Aufgrund der Beratungen im Ausschuss wurden keine weiteren Mittel eingestellt.

Antrag 2

Erstellen eines aktuellen Umweltberichts

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Umweltberichte wurden früher vom Umweltberater selbst erstellt. Durch die Kliba erhält die Gemeinde umfangreiche Auswertungen. Aufgrund der Beratungen im Ausschuss wurden keine (weiteren Mittel) eingestellt, zumal für einen aussagekräftigen Umweltbericht eher 30.000 bis 40.000 Euro einzuplanen wären.

Antrag 3

Förderung der Bildung durch Bücher

Stellungnahme der Verwaltung:

Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren können bereits heute kostenfrei Medien ausleihen. Die regelmäßigen veröffentlichten Ausleiheberichte zeigen eine hohe Akzeptanz der Bücherei in der Bevölkerung. Das Angebot der Bücherei wird regelmäßig optimiert und ausgeweitet

Antrag 4

Mitwirkungsmöglichkeiten des Gemeinderats im Mitteilungsblatt; u. a. soll der Anfrageteil wieder wiedergegeben werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Hierbei handelt es sich um keinen Haushaltsantrag, da keine Mittel notwendig sind. Die Richtlinien für Veröffentlichungen im Mitteilungsblatt wurden bereits mehrfach erörtert.

Antrag 5

Bei der Einmündung des feldwegartigen Zugangs zum Baum- und Pflanzenlehrpfad kommt es gelegentlich zu gefährlichen Situationen zwischen Verkehrsteilnehmern, besonders auswärtigen Ver-

kehrsteilnehmern. Es wird beantragt, die Situation durch ein Verkehrsschild oder Hinweisschild zu entschärfen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Im Haushalt stehen ausreichend Mittel hierfür zur Verfügung; laut dem Ordnungsamt wäre es eine praktikable Lösung, auf dem linken Weg der „Zufahrt/Ausfahrt“ das Zeichen 205 der Straßenverkehrsordnung („Vorfahrt gewähren“) anzubringen. Auch hier handelt es sich um keinen eigentlichen Haushaltsantrag.

Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015 sowie des Wirtschaftsplans des Eigenbetriebs Gemeindewasserversorgung für das Wirtschaftsjahr 2015:

Der Haushaltsplan und Wirtschaftsplan wurden in der Sitzung des Ausschusses für Verwaltung, Kultur, Sport und Soziales am 17.11.2014 intensiv vorberaten.

FBL Kroiher stellte die aktualisierten Zahlen des Haushaltsentwurfes vor. Anschließend informierte BGM Schmitt, dass man die HH-Anträge im VKSS intensiv vorberaten hatte und stellte sie zur Abstimmung.

Antrag 1 PL:

BGM Schmitt erläuterte, dass der Bürgerbusverein mitgeteilt hat, dass es mittlerweile eine Person gibt, die die Betriebsmeisterschaft übernimmt. Zudem soll der Fahrplan dergestalt überarbeitet werden, dass auch das Gewerbegebiet mit angebunden wird und der Bus mindestens von Montag bis Freitag ganztags fährt.

GR Gerhard Waldecker (PL) sagte, dass man den Antrag zurückstellen könne, wenn auch wirklich gewährleistet ist, dass an 5 Tagen/Woche gefahren wird und das Gewerbegebiet morgens und abends angefahren wird. Er zog den Antrag zurück, stellte jedoch fest dass sie darauf achten werden dass nach der bisher verstrichenen Zeit auch wirklich baldmöglich der Bus fährt.

Antrag 2 PL:

BGM Schmitt sagte, dass entsprechende Mittel eingestellt wurden.

GR Gerhard Waldecker (PL) sagte, dass der Antrag mit den eingestellten Mitteln erledigt sei.

Antrag 3 PL:

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) sagte, dass ein ähnlich lautender Antrag der damaligen GLP-Fraktion auch abgelehnt wurde. Er fragte, ob das überhaupt gehe, so ein Remake nochmals abzustimmen.

GR Jutta Schuster (CDU) sagte, dass man seitens der CDU dafür sei, dass ein zusätzlicher Mitarbeiter im Bauhof eingestellt werde. Allerdings sehe man seitens der CDU ohne vorherige Ausgabenübersicht keinen Beleg für die Notwendigkeit eines weiteren Mitarbeiters in der Hauptverwaltung.

GR Jutta Schneider (SPD) sagte, dass ein Bauhofmitarbeiter nicht durch eine Fremdvergabe ersetzt werden könne, denn er leiste ja auch noch andere Arbeiten im Bauhof. Eine weitere Privatisierung im Bauhof komme nicht in Frage. Man sehe derzeit keine weitere Stelle eines FH-Absolventen für die Hauptverwaltung, auch wurden bisher keine Planungen für einen neuen Mitarbeiter vorgelegt.

GR Gerhard Waldecker (PL) sagte, dass man eigentlich mit dem jetzt so formulierten Beschlussvorschlag der Verwaltung im Ausschuss auseinandergegangen sei. Der Antrag solle so abgestimmt werden.

GR Jutta Schneider (SPD) sagte, dass es sich beim VKSS nur um einen beratenden Ausschuss handle.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) sagte, dass der Antrag auch wegen den notwendigen Pflegemaßnahmen in den Grünanlagen gestellt wurde. Seitens der Verwaltung wurde dargelegt, dass die kostengünstigste Variante eine Vergabe der Arbeiten sei.

Der Antrag wurde bei der Abstimmung mehrheitlich abgelehnt.

Antrag 4 PL:

BGM Schmitt sagte, dass die entsprechenden Mittel bereits in den HH 2015 eingestellt wurden.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) sagte, dass der Antrag damit erledigt sei, in den vergangenen Jahren jedoch einiges im Ferienprogramm nicht rund lief und das Konzept überarbeitet werden müsse.

Antrag SPD:

GR Dr. Felix Geissler (SPD) sagte, dass die von der Verwaltung zur Sitzung ausgeteilte Vergleichstabelle der Krippenbeiträge im RNK durchaus bekannt sei. Die Gegenfinanzierung einer Bezuschussung mit der Grundsteuer sei ein „Schwarze-Peter-Spiel“, zumal man auch viele andere Maßnahmen besprochen habe, wo man die HH-Mittel pauschal erhöht habe. Es stehe nicht so schlecht um die Gemeinde. Das Land bezuschusse 68 % der Betreuungskosten 2 Jahre im Nachhinein. Man habe den Eindruck, dass man durch die hohen Krippenbeiträge die Bevölkerung vom Krippenbesuch fernhalten wolle. Das Württemberger-Modell sei auch keine Alternative, da 1-Kind-Familien so noch mehr bezahlen müssten. Er sagte, dass die Gemeinde sich an der Obergrenze der Elternbeiträge aufhalte. Der Antrag sei gerecht.

BGM Schmitt erläuterte, dass die Beiträge in Plankstadt durchaus nicht billig seien und er Verständnis für die Eltern habe. Man biete dafür jedoch eine sehr hohe Qualität und es gibt durchaus auch teurere Gemeinden im RNK. Im Jahr 2015 wird die Gemeinde rund 800.000 € für die Krippen bezahlen, bekomme aber nur 500.000 € vom Land erstattet. Krippen und Kindergärten zusammen kosten 2015 rund 3 Mio. €, wofür es einen Zuschuss des Landes von unter 1 Mio. € gebe. Die Gemeinde habe weiterhin mit dem Bau einer Kinderkrippe vor 3 Jahren für rund 900 Tsd. € und dem aktuellen Bau eines Kindergartens mit -krippe für ca. 1,7 Mio. € einen massiven Ausbau der Betreuungsplätze geschultert. Er informierte, dass zu seinem Amtsantritt 2008 insgesamt 20 Krippenplätze für Kinder ab 2 Jahren für 6 Betreuungsstunden pro Tag in Plankstadt vorhanden waren; ab dem 01.01.2015 werden dagegen insgesamt 70 Krippenplätze für Kinder ab 1 Jahr bedarfsabhängig für bis zu 10 Betreuungsstunden pro Tag zur Verfügung stehen. Die Ganztagskindergartenplätze würden von bisher 40 auf 80 verdoppelt. Ohne entsprechende Elternbeiträge wäre dieser Kraftakt nicht zu stemmen gewesen. Er hielt auch fest, dass kein Finanzierungsvorschlag zu dem Antrag eingereicht wurde.

GR Jutta Schuster (CDU) sagte, dass man seitens der CDU-Fraktion ein Problem mit dem Antrag habe, da man dem vorgeschlagenen „Gieskannenprinzip“ für die Verteilung nicht zustimmen könne. Es sei sinnvoll die Betreuungsentgelte zu überarbeiten. Man solle 70 T€ im HH mit Sperrvermerk einstellen und nochmals über das Verteilungskonstrukt sprechen.

GR Thomas Burger (GLP) sagte, dass man bei der Beitragssituation noch einiges tun könne. Er stelle den weiteren Beschlussantrag 72 T€ einzustellen und über die Art und Weise der Förderung im VKSS zu sprechen. Ein möglicher Punkt sei eine Sozialstaffelung.

GR Gerhard Waldecker (PL) sagte, dass man eine Kuh nur solange melken könne, wie man sie auch füttere. Eine Einzelförderung sei mit Bedacht durchzuführen und dann nach intensiver Beratung Mittel einzusetzen.

GR Dr. Felix Geissler (SPD) sagte, dass man den Antrag stelle 100 € pro Krippenplatz zu bezuschussen, also insgesamt 84 Tsd. € zusätzlich im Haushalt einzustellen.

GR Thomas Burger (GLP) sagte, dass die Gemeinde im Bereich der Krippenbetreuung wirklich viel gemacht habe, unterstütze und fördere und man dies auch anerkennen müsse.

BGM Schmitt stellte den weitest gehenden Antrag, also zusätzlich 84 T€ für eine mögliche Bezuschussung der Elternbeiträge in den Haushaltsentwurf einzustellen, zu Abstimmung, stellte dabei nochmals ausdrücklich klar, dass damit kein Beschluss über die Ermäßigungsmodalitäten verbunden sei. Diese seien vom Gemeinderat gesondert zu beschließen.

Antrag 1 GLP:

GR Thomas Burger (GLP) sagte, dass der Antrag gestellt wurde, um illegalen Ablagerungen zu begegnen.

BGM Schmitt stellte den Antrag zur Abstimmung.

Antrag 2 GLP:

Erledigt.

Antrag 3 GLP:

BGM Schmitt stellte den Antrag zur Abstimmung.

Antrag 4 GLP

GR Thomas Burger (GLP) sagte, dass der Antrag erledigt sei, weil die Umsetzung bereits durch die Verwaltung geplant wird.

GR Jutta Schuster (CDU) sagte, dass man auch 2 Hinweisschilder für das Heimatmuseum aufstellen solle.

Antrag 5 GLP

GR Thomas Burger (GLP) sagte, dass der Antrag erledigt sei, wenn man wie im Ausschuss besprochen verfährt.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass man die Nutzung von Glas überprüfen müsse, da es im Sommer wie ein Brennglas wirke.

Antrag 6 GLP:

GR Thomas Burger (GLP) sagte, dass die Bowlebahn nahezu gar nicht angenommen werde. Gerade Jugendliche hätten wenige Möglichkeiten und müssten besser mit eingebunden werden.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sprach von einem sehr ambitionierten Antrag. Wenn man dies machen wolle, müsse es zuerst in den Ausschuss verwiesen werden.

BGM Schmitt stellte den Antrag zur Abstimmung.

Antrag 1 ALP:

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) sagte, man höre bitteres Wehklagen über die Verödung des Ortskerns. Andere Gemeinden mit ähnlichen Voraussetzungen hätten das Problem in den Griff bekommen. Der finanzielle Rahmen bestimme die Möglichkeiten, weshalb man entsprechende Mittel brauche um den Ortskern attraktiv zu machen. Was brauche man die Schimper-Realschule? Dabei sei es schwierig, genaue Finanzierungsvorschläge zu machen.

BGM Schmitt sagte, dass gerade im privaten Bereich der Sanierung schon viel gemacht wurde und bereits über 40 private Maßnahmen durchgeführt wurden mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von mehreren Millionen Euro.

GR Thomas Burger (GLP) sagte, dass es sinnvoll sei, den Ortskern voran zu bringen, aber mit einem sinnvollen Gesamtkonzept.

BGM Schmitt stellte den Antrag zur Abstimmung.

Antrag 2 ALP:

GR Jutta Schneider (SPD) sagte, dass es sinnvoll sei, den Umweltbericht fortzuschreiben, aber punktuell durch die Verwaltung und nicht in Form eines Rundumschlags.

BGM Schmitt stellte den Antrag zur Abstimmung.

Antrag 3 ALP:

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) sagte, dass der Antrag erledigt sei.

Antrag 4 ALP:

BGM Schmitt erläuterte, dass es sich hierbei um keinen HH-Antrag handle, da Auswirkungen auf die Finanzen nicht Inhalt seien.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) vertrat eine gegensätzliche Meinung.

GR Jutta Schneider (SPD) sagte, dass es sich um keinen HH-Antrag handle, daher könne man sich nur dagegen aussprechen. Aber inhaltlich müsse das Thema wieder aufgenommen und darüber gesprochen werden.

BGM Schmitt stellte den Antrag zur Abstimmung.

Antrag 5 ALP:

Mit dem Hinweis von BGM Schmitt, dass das Ordnungsamt den Hinweis aufgenommen habe erklärte GR Hohl den Antrag für erledigt.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) sagte, dass nun zusätzlich 84 T€ für die Kinderkrippe und 60 T€ für einen Mitarbeiter im Bauhof eingestellt wurden. Sie fragte, ob nun nicht der Ansatz für die Fremdvergabe von Grünschnitten reduziert werden müsse. BGM Schmitt erwiderte, dass man um die Aufgabe von Herrn Kroiher nicht zu verkomplizieren die Beträge belassen solle wie eingeplant.

GR Jutta Schuster (CDU) sagte, dass man dieses Jahr einen Antragsmarathon zu bewältigen hatte. Die aktuelle Finanzsituation mutmaßte rosige Zeiten, aber über viele Jahre hinweg könne der laufende HH nur über Entnahmen aus der allgemeinen Rücklage und Grundstückserlöse gedeckt werden. Man habe in den letzten 10 Jahren viele neue Flächen erschlossen. Viele Investitionen stünden in den kommenden Jahren an, auch die Asyl- und Obdachlosenunterkünfte seien in den kommenden Jahren eine unbekannte Größe. Schuster sprach weiter die steigenden Personalkosten an, die mitunter auch gewollt seien, was die Einstellung eines neuen Bauhofmitarbeiters belege. Sie gab die Zustimmung der CDU zum HH und forderte die Verwaltung auf, Überlegungen anzustellen, wo man einsparen könne. Man solle über gewisse Ausgaben und Kosten reflektieren und dem GR Einsparpotential vorschlagen.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) sagte, dass die Verwaltung ein umfangreiches Zahlenwerk vorgelegt habe. Erfreulich sei der Anstieg der Gewerbesteuer. Sie unterstütze die von ihrer Vorrednerin angesprochenen Punkte. Viele Maßnahmen seien in den Vorjahren durchgeführt worden. Es wäre alles nur durch Grundstückserlöse und Entnahmen zu schultern. Ob alles so eintrete wie geplant werde die Zukunft zeigen. Die aktuelle Höhe der Rücklage sei dem Umstand geschuldet, dass geplante Maßnahmen nicht durchgeführt wurden. Die Verwaltung solle sehr gewissenhaft die Personalkosten im Auge behalten. Sie gab die Zustimmung der PL.

GR Jutta Schneider (SPD) sagte, dass die SPD die Situation anders sehe als die Vorredner. Der Stand der allgemeinen Rücklage werde erheblich steigen. Man habe eine Verbesserung der Finanzlage der Gemeinde von 7,4 Mio. € im Vergleich zum geplanten Ansatz der allgemeinen Rücklage. Der Gemeinde gehe es so gut wie nie, daher fühle man sich an der Nase herumgeführt. Alles werde düster prognostiziert, die Rechnungsergebnisse seien aber stets rosig. Mit den von der Verwaltung vorgelegten Zahlen würden Finanzmittel gepuffert werden. Außerdem lasse der HH-Plan keinerlei Zukunftsperspektive erkennen. Auch für die Planung 2015 sei der HH-Grundsatz der Wahrheit und Klarheit außer Acht gelassen. Sie gab die Ablehnung der SPD.

GR Thomas Burger (GLP) sagte, dass viele Positionen unabdingbar seien. Es fehle allerdings etwas an Vertrauen. Wenn man die Haushalte der vergangenen Jahre betrachte habe sich die Rücklage letztlich immer erhöht. Man befürworte seitens der GLP einen ausgeglichenen Haushalt und plädiere für einen klaren und nachvollziehbaren HH. Er gab die Enthaltung der GLP.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) sagte, dass es wieder viel Wehklagen um das Silberbesteck der Gemeinde gegeben habe. Er höre nun aber schon seit 25 Jahren vom Substanzverlust der Gemeinde. Man müsse nach neuen Mitteln suchen, wie man Einnahmen kreierte. Man sollte eine eigene Wasserversorgung ins Auge fassen. Als das Thema früher aufgegriffen wurde, sei es von allen Seiten sabotiert worden. Er gab die Ablehnung der ALP.

Zu 1.)

Antrag 3 PL: Mehrheitlich abgelehnt mit 12 Gegenstimmen von CDU, SPD und GLP, bei 5 Ja-Stimmen der PL und 2 Enthaltungen von ALP und BGM.

Antrag SPD: Einstimmig angenommen bei 2 Enthaltungen von ALP und BGM.

Antrag 1 GLP: Mehrheitlich abgelehnt mit 16 Gegenstimmen von CDU, PL, SPD und BGM, bei 2 Ja-Stimmen der GLP und 1 Enthaltung der ALP

Antrag 3 GLP: Einstimmig angenommen mit 12 Ja-Stimmen von CDU, SPD und GLP, bei 7 Enthaltungen von PL, ALP und BGM.

Antrag 6 GLP: Mehrheitlich abgelehnt mit 16 Gegenstimmen von CDU, PL, SPD und BGM, bei 2 Ja-Stimmen der GLP und 1 Enthaltung der ALP.

Antrag 1 ALP: Mehrheitlich abgelehnt mit 17 Gegenstimmen von CDU, PL, SPD, GLP und BGM, bei 1 Ja-Stimme der ALP und 1 Enthaltung von GR Schüller.

Antrag 2 ALP: Mehrheitlich abgelehnt mit 15 Gegenstimmen von CDU, PL, SPD und BGM, bei 3 Ja-Stimmen von GLP und ALP und 1 Enthaltung von GR Layer.

Antrag 4 ALP: Mehrheitlich abgelehnt mit 13 Gegenstimmen von CDU, PL, GR Dr. Geissler und BGM, bei 3 Ja-Stimmen von GLP und ALP und 3 Enthaltungen der SPD.

Zu 2. & 3.)

Mehrheitlich angenommen mit 12 Ja-Stimmen von CDU, PL und BGM, bei 3 Gegenstimmen von SPD und ALP und 4 Enthaltungen der GLP, GR Grimm und GR Dr. Geissler.

TOP Ö6

Zustimmung des Gemeinderats zu außerplanmäßigen/überplanmäßigen Ausgaben im Jahr 2014

Im Haushalt 2014 wurden bei der Finanzposition **1.2210.713000** Zuweisung an den Zweckverband 64.000 € eingestellt. Aufgrund einer Nachforderung i. H. v. 22.000 € für Brandschutzmaßnahmen in der Schimper-Realschule entstanden **Mehrkosten von 10.685,15 €**.

Bei der Finanzposition **2.6310.950000.035** Planung Kreisel West sind außerplanmäßige Planungskosten von **7.423,47 €** angefallen. Die Planungskosten können, entgegen ursprünglicher Annahmen, nicht aus den vorhandenen Mittel im Verwaltungshaushalt beglichen werden, da aus haushaltsrechtlichen Gründen die Gesamtmaßnahme aufgrund des Finanzvolumens aus dem Vermögenshaushalt zu finanzieren ist.

Im Haushalt 2014 wurden bei der Finanzposition **1.6700.573000** Stromkosten Straßenbeleuchtung 110.000 € (Ansatz 2013: 135.000 €) eingestellt. Das Rechnungsergebnis belief sich 2012 bei der Straßenbeleuchtung auf 90.004 €. In diesem Jahr fielen 116.089,64 € (**Mehrausgaben 6.089,64 €**) an.

Diese gesamten Mehrausgaben können durch Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer gedeckt werden. Derzeit belaufen sich die Gewerbesteuereinnahmen auf 1.169.506,04 € bei einem Ansatz von 625.000 €.

GR Jutta Schuster (CDU) gab die Zustimmung der CDU.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) gab die Zustimmung der PL. Sie bat um eine Erklärung der hohen Stromkosten bis zur nächsten Sitzung.

GR Jutta Schneider (SPD) gab die Zustimmung der SPD.

GR Sigrid Schüller (GLP) gab die Zustimmung der GLP.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) gab die Zustimmung der ALP.

Einstimmig angenommen.

TOP Ö7

Kanalsanierung 2. Bauabschnitt

- Auftragsvergabe

Nachdem der Gemeinderat in der Septembersitzung die Vergabe der Ingenieurleistungen an die Ingenieur-gesellschaft Pöyry Deutschland in Mannheim beschlossen hatte, wurde im Hinblick auf die in diesem Jahr zur Verfügung stehenden Finanzmittel ein weiterer Bauabschnitt der Kanalsanierung in geschlossener Bauweise ausgeschrieben. Saniert werden sollen Haltungen in der Grenzhöfer Straße, Hebelstraße und Goethestraße sowie im Bruchhäuser Weg. Zum Eröffnungstermin am 21.11.2014 lagen 5 Angebote vor. Diese wurden von Pöyry Deutschland geprüft. Nach Prüfung und Wertung der Angebote ist Fa. Jeschke Umwelttechnik GmbH aus Stutensee mit einer Angebotssumme von insgesamt 113.854,92 € der Bieter mit dem wirtschaftlichsten Angebot. Die Ingenieurgesellschaft Pöyry hat mit Firma Jeschke schon mehrere Projekte abgewickelt und hat deren Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit bestätigt.

GR Andreas Berger (CDU) hielt die Vorlage für eindeutig; die zu beauftragende Firma ist bei der Fa. Pöyry für gute Arbeit bekannt. Er hofft, dass die Kosten eingehalten werden.

GR Silke Layer (PL) gab die Zustimmung der PL.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) gab die Zustimmung der SPD.

GR Sigrid Schüller (GLP) fragte nach den noch 2014 vorhandenen Mitteln für die Kanalunterhaltung. BAL Boxheimer antwortete, dass er alle noch vorhandenen Mitteln nach 2015 übertragen lassen will, um 2015 dann eine größere Tranche vergeben zu können. Anschließend gab Schüller ihre Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

GR Hohl (ALP) gab seine Zustimmung. Er wollte jedoch wissen, warum der günstigste Bieter ausgeschlossen wurde. Laut Herr Boxheimer hatte dieser Bieter ein anderes Sanierungssystem als ausgeschrieben angeboten und Nebenangebote waren in der Ausschreibung zur Sicherstellung der Qualität ausgeschlossen.

Einstimmig angenommen.

TOP Ö8

Bauvoranfrage zum Umbau eines Einfamilienhauses mit Flachdach auf dem Grundstück Flst.Nr. 3549, Lessingstr. 9

In Abstimmung mit dem Grundstückseigentümer soll im Rahmen einer Bauvoranfrage geklärt werden, ob der Umbau des vorhandenen Zweifamilien-Wohnhauses zu einem Einfamilien-Wohnhaus mit Flachdach sowie die Erweiterung durch einen 2-geschossigen Anbau mit einer Ausdehnung von ca. 6m x 7m genehmigungsfähig ist. Das Einvernehmen gemäß § 34 Baugesetzbuch (BauGB) muss erteilt werden, wenn sich ein Vorhaben nach Art und Maß der baulichen Nutzung, nach der Bauweise und der überbauten Grundstücksfläche in die nähere Umgebung einfügt.

GR Andreas Wolf (CDU) sagte, dass die zeichnerische Darstellung hätte besser sein können. Man konnte aber schließlich erkennen, wie es später aussehen soll. Er gab die Zustimmung der CDU.

GR Silke Layer (PL) sprach von einer etwas flapsigen Anfrage. Man sei froh, dass keine dichtere Bebauung geplant sei. Sie gab die Zustimmung der PL.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass er eine Bauvoranfrage in einer solchen Art und Weise noch nie gesehen habe und sagte, dass das Bauamt so etwas nicht annehmen solle. Er gab die Zustimmung der SPD.

GR Sigrid Schüller (GLP) gab die Zustimmung der GLP.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) gab die Zustimmung der ALP.

Einstimmig angenommen.